

Autor:
Tim Flink

Titel:
**Wissenschaftsdiplomatie in der Europäischen Union:
Praktiken und Perspektiven**

Erschienen in:

Zeitschrift:	Forschung (Fo)
Erscheinungsjahr:	2019
Ausgabe:	1+2
Jahrgang:	12
Seiten:	5-11
ISSN:	1868-1654
Verlag:	UniversitätsVerlagWebler
Ort:	Bielefeld

Impressum/Verlagsanschrift: UniversitätsVerlagWebler, Bündler Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld

Copyright: Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Für weitere Informationen

- zu unserem Zeitschriftenangebot,
- zum Abonnement einer Zeitschrift,
- zum Erwerb eines Einzelheftes,
- zum Erwerb eines anderen Verlagsproduktes,
- zur Einreichung eines Artikels,
- zu den Autorenhinweisen



oder sonstigen Fragen besuchen Sie unsere Website: www.universitaetsverlagwebler.de

oder wenden Sie sich direkt an uns: E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Telefon: 0521/ 923 610-0

UniversitätsVerlagWebler – Der Fachverlag für Hochschulthemen

Tim Flink



Tim Flink

Wissenschaftsdiplomatie in der Europäischen Union: Praktiken und Perspektiven

The European Commission has recently started to revamp its institutional setting and policies, also in order to engage more explicitly in science diplomacy (SD). While this initiative has been appreciated, it comes along with a variety of challenges. This policy brief identifies three particular and interrelated challenges pertaining to science diplomacy in the European Union: (i) defining science diplomacy as a variable, yet encompassing and succinct framework, (ii) the coordination between Member States and the European Union, and (iii) the training of staff engaging in science diplomacy. First, it is key to comprehend that science diplomacy is a variable concept, therefore, a meta-governance framework is applied as it is sensitive to changing configurations of actors, governance arrangements and policy practices in a case-specific way. Second, the Commission and the Member States institutions are advised to revisit and clarify where and how science diplomacy should be applied in a coordinated way given numerous challenges that all actors are facing. Third, there is a need for training skills in science diplomacy, starting with raising awareness within institutions of the manifold dimensions that science diplomacy has at the intersection of S&T and foreign policy. Avoiding academic prescriptions, we follow and synthesize the advice from science diplomacy practitioners in the European Union who shared their experiences and needs with us.

Einleitung

Wie ein Mantra wird heutzutage in der Politik vorgetragen, globale gesellschaftliche Herausforderungen würden immer komplexer und seien somit weder in nationalen noch in funktionspezifischen Alleingängen lösbar, bspw. durch die Wissenschaft, die Wirtschaft oder die Politik (vgl. Flink/Kaldewey 2018). Stattdessen sollten auf national grenzüberschreitende Herausforderungen, wie der menschengemachte Klimawandel mit seinen letalen Folgen, Umweltzerstörung, Pandemien, Hunger, Staatenzerfall und internationaler Terrorismus, auch grenzübergreifend Lösungen entwickelt werden (ebd). Die effektive Bearbeitung dieser Herausforderungen zwingt, so der Kanon der Forschungspolitik, zu einer gesellschaftlich-integrativen und international koordinierten Forschung und Entwicklung, vor allem aber seien die Herausforderungen zum zentralen Thema der Außenpolitik avanciert (Schütte 2008).¹ Für außenpolitische Akteure, die bisher auf klassische Mittel der Diplomatie setzten, um zwischenstaatliche Kommunikation aufzubauen und zu erhalten, stellen diese neuen Forderungen gleich in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung dar. Denn auch Diplomaten müssen sich nun vermehrt oder teils erst seit neuem fragen: Wie können relevante wissenschaftliche Kenntnisse bzw. adäquat technisches Fachwissen identifiziert und wie Wissenschaftler zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit motiviert werden, wenn umsichtige und kompetente Antworten auf komplexe Fragen geliefert werden müssen? Welche Förderstrukturen (Finanzvolumen, Förderart usw.) sind notwendig, um eine effektive Zusammenarbeit sicherzustellen, welche Zeitphasen gilt es abzuwarten, bis wissenschaftlich-technologische Erkenntnis in nutzbares Beratungswissen umgesetzt werden kann? Und damit einhergehend: (Wie) kann Zusammenarbeit auch im Lichte si-

cherheitspolitischer und ökonomischer Standortwettbewerbe gelingen (Schreiterer 2016)?² Sollte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von (oftmals staatlich alimentierten) Wissenschaftlern auch dann gefördert werden, wenn es um nicht-demokratisch verfasste Staaten geht – stärkt dies eine kosmopolitische Zivilgesellschaft gegen Autokraten oder sichert es deren Herrschaft? Kann internationale Wissenschaft ähnlich dem Sport und anderer Kulturthemen als eine Form von Ersatzdiplomatie dienen – zumal: Ist dies im Lichte wissenschaftlicher Freiheitsideale erwünscht?

Nicht zuletzt stellt SD aber auch eine professionsbezogene Herausforderung für Akteure der Außenpolitik dar, dergestalt dass Karrierediplomaten bzw. politische Entscheidungsträger i.d.R. keine wissenschaftliche Sozialisation erfahren haben und neben fehlendem Fachwissen auch kaum Feldkenntnis über die (sozialen) Eigentümlichkeiten des Wissenschaftssystems mitbringen. Womöglich evozieren organisationale Anreizstrukturen in Diplomaten aber auch nur wenig Interesse an der diplomatischen Nutzung von Wissenschaft.³ In diesem Sinne stellt der seit etwas mehr als zehn Jahren entfachte Diskurs um Wissenschaftsdiplomatie einen

¹ Im besten Sinne reflektiert dies die Erweiterung der UN Millennium Development Goals (2000-2015) zu den nunmehr 17 Sustainable Development Goals (2015-2030).

² Denn nicht zuletzt ist direkte und indirekte (Shane 2004) wirtschaftliche Wertschöpfung durch die Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen möglich bzw. durch den Wettbewerbsdiskurs der im Bereich Wissenschaft und höherer Bildung ein „nation-branding“ im vollen Gange (Michaels et al. 2001; Powell et al. 2017; Schreiterer 2009).

³ Dass der Mainstream der Außenpolitik nur schwer zu Reformen bereit ist, bspw. im Aufgreifen von Nischenthemen, im Aufbrechen von konservativen Rekrutierungsmustern oder auch in der Nutzung neuer Medien zur Kommunikation, wird seit einigen Jahren in überwiegend anwendungsnaher, politikwissenschaftlicher Fachliteratur diskutiert (Adler-Nissen 2015, 2016; Bjola/Kornprobst 2013; Constantinou et al. 2016; Henrikson 2013).

konzeptionellen Versuch unterschiedlicher Akteure dar, die wachsende Bedeutung der Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Technologie und Außenpolitik selbst zu thematisieren und mehr politisches Bewusstsein für deren globale Bedeutung zu wecken.

Sieht man von der Tatsache ab, dass Wissenschaft und internationale (politische Beziehungen) seit Jahrhunderten zueinander in einem direkten Bezug stehen (Crawford et al. 1993; Edler et al. 2003; Flink 2016; Schott 1993), hat der Diskurs um Wissenschaftsdiplomatie Mitte der 2000er Jahre an Fahrt aufgenommen. Ein gern zitiertes Beispiel zeigt sich an der Regierungsübernahme Barack Obamas von 2008–2009. Wissenschaftsdiplomatie wurde hier bewusst eingesetzt (Turekian/Lord 2008; vgl. Flink/Schreiterer 2010), um das außenpolitische Image der USA zu verbessern, insbesondere in muslimisch geprägten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Deziert unter dem Schlagwort der Wissenschaftsdiplomatie erfuhren die sich darunter sammelnden Organisationen industrialisierter Staaten (insbesondere Außen- und Forschungsministerien) Aufwüchse ihres Personals und ihrer Förderprogramme bzw. wurden letztere unter Science Diplomacy modernisiert (Berg 2010; Ruffini 2017; Yakushiji 2009), sei es im Fall der deutschen Initiative Außenwissenschaftspolitik, des britischen Science and Innovation Networks oder der schweizerischen Initiative SWISSNEX.⁴ Seither ist das Interesse an SD weltweit gewachsen, was sich unter anderem auch in der Tatsache widerspiegelt, dass sich die anglo-amerikanisch geprägte Figur des wissenschaftlichen Chefberaters in außenpolitischen Fragen der Nachahmung erfreut. Angesichts dieser breiten und nachhaltigen Resonanz sowie der Einbettung in internationaler wissenschaftlich-technologischer Zusammenarbeit und Wettbewerb kann SD nicht mehr bloß als eine kurzweilige Marketingkampagne kleingeredet werden. Sie hat das Potenzial Außenpolitik und (internationale) Forschungs- und Technologiepolitik zu verbinden (bereits in dieser Zeitschrift; Flink 2009; Royal Society 2010).

Dies hat auch die Europäische Kommission erkannt und sich 2016 öffentlich positioniert, die Ziele und Programme ihrer internationalen Forschungs- und Technologiepolitik der Generaldirektion Forschung mit den Zielen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, dem European External Action Services (EEAS) im Sinne einer kohärenten SD-Strategie zu stärken. In diesem Prozess will die Europäische Kommission „den strategischen Partnerschaften besondere Aufmerksamkeit widmen, da viele der Herausforderungen in Europa mit denen der gesamten internationalen Gemeinschaft wie Klimawandel, Migration und Energiesicherheit verbunden sind“, so der bis kurzem amtierende Forschungskommissar Carlos Moedas (u.a. 2016). Wirken diese Ankündigungen in Vorbereitung auf das kommende Forschungsrahmenprogramm bloß vielversprechend, wie auch die damit einhergegangenen wissenschaftlichen Affirmationen (López de San Román/Schunz 2018; Prange-Gstöhl 2017), so bergen sie insbesondere die Herausforderung das geradezu klassische Integrations- und Delegationsproblem der EU im Lichte mitgliedstaatlicher Interessen zu überwinden (Rüffin 2020).

Im Folgenden argumentiere ich, dass die unterschiedlichen Ansätze und Orientierungen rund um den Begriff von SD koexistieren, da semantisch von keinem fertigen Ansatz ausgegangen werden kann. Vielmehr ist SD das, was Akteure als solche interpretieren. Dies heißt nicht, dass das Konzept unendlich beliebig ist, jedoch ist es offen genug, um variabel in konkreten Problemlagen, Fragestellungen, Akteurskonstellationen und Governance-Arrangements eingesetzt zu werden. Damit ist auch die jüngste Frage, ob die EU-Kommission und der Außendienst der EU mehr oder weniger Kompetenzen erhalten sollten, nicht leicht zu beantworten. Drittens wirft ein zu beobachtender interpretativ flexibler Umgang mit SD die Frage auf, welche Kompetenzen die hiermit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sollten und wie auf ihre Bedarfe besser eingegangen werden kann. Dass diese drei Herausforderungen miteinander zusammenhängen, wird abschließend diskutiert.

Herausforderung 1: Verstehen der variablen Geometrie der Wissenschaftsdiplomatie

Wie im Fall anderer sozial vermittelnder Semantiken der Wissenschaftspolitik (Flink 2016; Kaldewey 2013; Maassen/Weingart 2000; Pielke 2012) liegt die Stärke von SD darin, dass Akteure verschiedener gesellschaftlicher Funktionsbereiche miteinander in einen produktiven Austausch treten können.⁵ Darum kann und sollte SD nicht als starres Konzept definiert werden. Das heuristische Potential von SD kann dann effektiv erschlossen werden, wenn es Akteuren als offenes, fluides Konzept in einzelnen Anwendungsfällen Orientierung und Kommunikationsmöglichkeiten verschafft. Unsere vergleichenden Analysen führender Industrieländer (Flink/Rüffin 2019; Flink/Schreiterer 2010) haben bereits gezeigt, dass es kein one-size-fits-all Modell von SD gibt. Auf der Akteursebene wird ersichtlich, dass Deutschland eben andere Ziele mit internationalen Forschungs- und Technologiepolitiken verfolgt als beispielsweise die Vereinigten Staaten und dass Akteure wie das Auswärtige Amt wiederum andere Ziele verfolgen als bspw. das Bundesministerium für Bildung und Forschung oder die Max-Planck-Gesellschaft, und schließlich können einzelne Organisationseinheiten und Personen verschiedene Ziele verfolgen und mit mehr oder weniger Ressourcen ausgestattet sein. Damit einhergehend variieren die Strategien in Abhängigkeit der jeweiligen Zielländer, der ausländischen Partnerorganisationen und der außenpolitischen und forschungspolitischen Themen. Vor allem aber sind SD-relevante Handlungen von der Rezeption der jeweiligen Kommunikationsadressaten und den jeweils situativen Umständen abhängig.

Zum besseren Verständnis und einer reflexiv-orientierten und praxisbezogenen Konzeptualisierung von SD

⁴ Die Schweiz und Deutschland hatten etwa zeitgleich begonnen, ein Netzwerk von Wissenschafts- und Innovationshäusern im Ausland zu gründen. An strategisch relevanten Standorten wurden Häuser eingerichtet, um die Bildungs-, Forschungs- und Innovationsangebote der beiden Staaten bzw. deren Institutionen im Ausland zu vermarkten und in ihrer Bündelung für mehr Sichtbarkeit zu sorgen.

⁵ Nicht zu verwechseln mit der Unmöglichkeit kommunikativer Sinnübertragung (Bora 1993, S. 293; Gottweis 2003, S. 124–125; Luhmann 1984, S. 212).

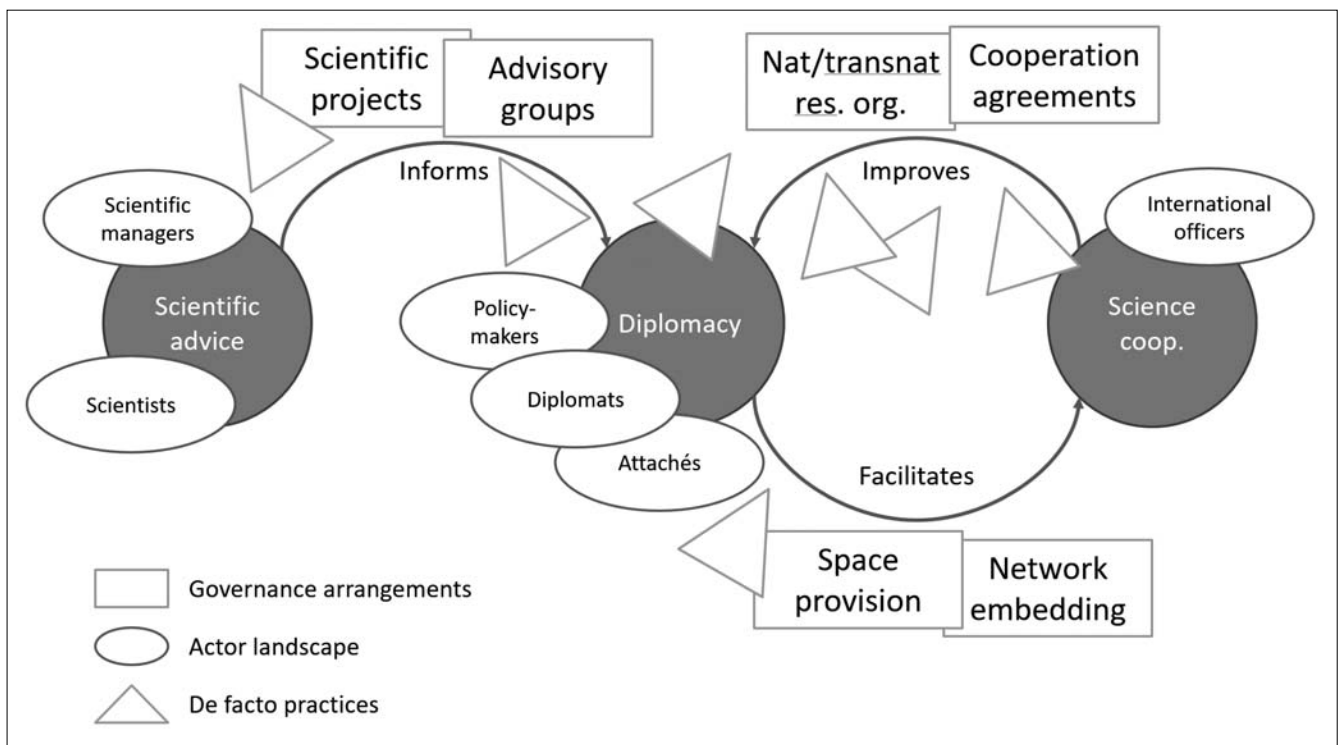
wird – im Schlussschluss mit Ewert Aukes und Stefan Kuhlmanns Beitrag in dieser Heftausgabe – ein Meta-Governance-Rahmen vorgeschlagen.⁶ Eine solche Heuristik (vgl. Jessop 2003) kann politischen Entscheidungsträgern auf unterschiedlichen Organisationsebenen helfen, das betreffende Policy-Feld zu strukturieren. Mit anderen Worten helfen Meta-Governance-Frameworks bei der Bestandsaufnahme aller formellen und informellen Maßnahmen, um Verfahren zu entwickeln, durch die Entscheidungen so getroffen werden können, dass teilnehmende Akteure (die recht heterogen sein können) diese als legitim akzeptieren (Kuhlmann 2001; Hoppe 2005). Die folgende Abbildung zeigt eine erste Skizze eines möglichen Governance-Rahmens der unterschiedlichen aber sich teils überlappenden Welten von Wissenschaft und Außenpolitik einschließlich ihrer unterschiedlichen Logiken und Rationalitäten (Hoppe 2005).

Unter einer Meta-Governance-Perspektive können (mindestens) drei zentrale Ebenen untersucht werden: (i) Governance-Arrangements, (ii) die damit inkludierten und exkludierten Akteure und (iii) de facto Praktiken von Akteuren (einschließlich der Kommunikation). (i) So können die Governance-Arrangements einem hierarchischen, top-down und technokratischen Ansatz folgen, der z.B. versucht Partner im Ausland zu gemeinsamen Aktivitäten zu drängen, wissenschaftliche Akteure in politik-getriebene Beziehungen involvieren und bspw. stark zweckgebundene Forschung und Entwicklung fördern – ob dies fruchtbar ist, sei dahingestellt. Ein anderer Endpunkt auf dem Governance-Kontinuum kann ein stark bottom-up getriebener und lernorientierter Ansatz sein, ebenso wie ein wettbewerbsorientierter Stil oder ein eher unverbindlicher Netzwerk-Ansatz. Ein Governance-Rahmen kann auch in Bezug auf die Frage vari-

ieren, welche Akteure in SD-Aktivitäten eingebunden oder auch dezidiert exkludiert werden, an welchen Punkten der politischen Entscheidungsfindung, der wissenschaftlichen Kooperation oder des Zusammenwirkens (bspw. hinsichtlich wissenschaftlicher Beratungsfragen). Schließlich unterscheiden sich (iii) die tatsächlichen Praktiken von SD: Es kann um die Förderung oder Beeinflussung von Wissenschaft und Technologie gehen, um im Sinne eines Innovationswettbewerbs Zugriff auf Informationen, Ressourcen oder Märkte zu erhalten (siehe Abbildung 1) oder um die Förderung von wissenschaftlichen Kooperationen mit ausländischen Partnern – auch hier liegen Kooperationen und Wettbewerb eng beieinander, denn nationalstaatliche Organisationen wollen schnellere, größere und qualitativ hochwertigere Kooperationen mit ausländischen Partnern eingehen als ihre Konkurrenten – und die können bereits im eigenen Land oder im beheimateten Ministerium liegen. Desweiteren können wissenschaftliche Beratungsleistungen für außenpolitisch relevante Themen in unterschiedlich institutioneller Form organisiert werden. Vom persönlichen Chefberater bis hin zu einem Netzwerk von teils kooperierenden teils konkurrierenden Organisationen ist die Bandbreite im Bereich „science in diplomacy“ groß. Dasselbe gilt für jene Zweckmittelrelation, in der das Image einer grenzüberschreitend wahrheitsorientierten und kosmopolitischen Wissenschaft genutzt wird, um interstaatliche Beziehungen aufzubauen und aufrechtzuerhalten, teilweise sogar als Ersatzdiplomatie zu instrumentalisieren.

⁶ Dieses Framework wird innerhalb unseres EU-Verbundprojekts *Using Science For Diplomacy For Addressing Global Challenges* (www.s4d4c.eu) entwickelt.

Abb. 1: Meta-governance Rahmen von Wissenschaftsdiplomatie (nach Aukes 2018)



Governance-Arrangements im Bereich SD sind nicht als etwas Statisches, sondern Dynamisches zu verstehen, sie sind ein prozeduraler Vorgang zur Erzielung legitimer Vereinbarungen. Eine Meta-Governance-Perspektive ist vor allem von Nutzen, um unmittelbar zu erkennen, dass die Frage, ob und wie die Europäische Union sich stärker im Bereich SD engagieren sollte, falsch gestellt bzw. nicht pauschal zu beantworten ist.

Herausforderung 2: Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Kommission

Seit der Institutionalisierung der Europäischen Gemeinschaft faszinieren Fragen der europäischen Integration bzw. deren Rückwirkung („Europäisierung“) auf nationalstaatliche und funktionssystemspezifische Bereiche der Gesellschaft. Die grundlegende Frage europäischer Integration ist immer schon die der regionalen und nationalstaatlichen Kompetenzdelegation an die Europäische Gemeinschaft gewesen, welche zu weiteren Fragen für die politische Praxis und Forschung führte. Denn nicht nur ist die europäische Integration je nach Politikfeld unterschiedlich schnell und tief verlaufen, auch hat sie ein neues Verständnis über Staatlichkeit geprägt: Seit den 1990er Jahren lässt sich nicht mehr genau definieren, ob die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union bloß ein Ensemble internationaler Organisationen darstellt, welches auf Geheiß nationaler Interessen agiert, oder ob sie eine staatsähnliche Struktur darstellt (Follesdal/Hix 2006; Hix/Goetz 2000; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996), die Nationalstaaten regulieren und sanktionieren kann – und dies teils irreversibel. In Teilen wirtschaftlicher Wettbewerbspolitik hat die EU-Kommission bspw. weitreichende und sanktionsmächtige Kompetenzen erhalten, in für nationalstaatliche Souveränität sensibleren Politikbereichen, bspw. der Innen- und Außensicherheits- sowie Verteidigungspolitik, kann man allenfalls von einer bedingten Koordinierung sprechen. Auch in der europäischen Forschungspolitik ist Koordinierung und indirekte Forschungsförderung der dominierende Governance-Modus (Banchoff 2002; Edler et al. 2003; Flink 2016; Kuhlmann 2001), insbesondere durch das Instrument der mehrjährigen Forschungsrahmenprogramme, aber auch durch die Anfang der Millenniumsjahre erprobten Soft-Governance-Instrumente mit dem Ziel, auf einen innereuropäisch koordinierten Forschungsraum („European Research Area“, ERA) hinzuwirken.⁷ Bleibt man bei der Metapher des intern koordinierten Forschungsraums, in dem sich alle Akteure untereinander koordinieren, so hat ein solcher Raum auch Grenzen nach außen. Mithin ist die Koordinierung des ERA zu Akteuren außerhalb der EU ein zentrales Anliegen in der neuen Strategie der Europäischen Institutionen. Wer darf bspw. zu welchen Bedingungen an den Forschungsrahmenprogrammen und an weiteren transnational-europäisch geförderten Programmen teilnehmen? Wie gestalten sich die Verwertungsrechte der Beteiligten, insbesondere im Hinblick auf die Kommissionsstrategie von 2016, „Open Innovation, open science, open to the world“⁸? Zweitens sind viele außenpolitische Themen zwischen der EU und außereuropäischen Staaten zu klären, in denen Forschung und Entwicklung

eine Rolle spielen. Die Herausforderung liegt nur darin, dass hier – also in außen- und forschungspolitischen Fragen – die Koordinationsbereitschaft bereits zwischen Akteuren europäischer Staaten sehr begrenzt ist.⁹ Nach Ansicht der meisten Mitarbeiter in Ministerien, Botschaften und Verbindungsbüros, die im Rahmen mehrerer Forschungsprojekte zu Wissenschaftsdiplomatie befragt wurden, arbeiten viele europäische Staaten im Wettbewerb gegeneinander. Entsprechend lassen sie sich nicht oder nur punktuell auf eine Koordination mit und durch die EU-Kommission bzw. den European External Action Service ein. Es kommt also darauf an, spezifische Situationen zu finden, in denen eine europäische Koordinierung erwünscht ist. Erst dann kann ein koordinierter Ansatz effektiv werden, und erst dann macht es Sinn über geeignete Wissensressourcen und diplomatische Instrumente nachzudenken. Um dies zu erreichen, müssen überhaupt erst gute Schnittstellen aufgebaut werden, die eine bessere gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen Wissenschaftsdiplomaten der EU und ihren Mitgliedstaaten ermöglichen. Diese Ressourcen umfassen Prozesswissen (z.B. Fälle von Wissenschaftsdiplomatie und bewährte Verfahren), Wissen über Wissenschaftspolitik und Wissenschaftskollaborationen (kurierte Sammlungen von Daten und anderem Material, relevante statistische Quellen, Informationen zu Innovationssystemen in Partnerregionen usw.) sowie Informationsquellen zur europäischen und globalen Forschung (relevante Soziale Medien, Projektergebnisse, wie z.B. KNOW – European Map of Knowledge Production usw). Das S4D4C-Projekt untersucht bspw. anhand von neun Fallstudien, ob und wie Schnittstellen zwischen den verschiedenen Governance-Ebenen (i.d.R. Akteure mehrerer Nationalstaaten sowie der EU) funktionieren. Diese werden in Schulungsmodulen integriert und mit Entscheidungssträgern diskutiert.

Herausforderung 3: Rekrutierung und Ausbildung von Wissenschaftsdiplomaten sowie Bewusstseinsbildung

Der Wissenschaftsdiplomate ist genauso wenig ein institutionalisierter Beruf wie der Wissenschaftsunternehmer (Torka/Borcherding 2008). Abgesehen von Glücksgriffen, wie der Rekrutierung ehemaliger Wissenschaftler als Karrierediplomaten oder dem besonderen Interesse von Diplomaten für das Feld internationaler F&T-Politik, werden die hier geforderten Fachkenntnisse und weite-

⁷ Mit Instrumenten, wie den ERA-Nets, sollte die Logik durchbrochen werden, die EU würde bloß ein Addendum zu nationalstaatlicher F&T-Finanzierung bereitstellen. Stattdessen sollten auch die Förderer primär innerhalb Europas, aber auch darüber hinaus, sich gegenseitig über ihre F&T-Politiken informieren, voneinander lernen und im besten Fall gemeinsame Forschungsprogramme lancieren – die Rolle der Kommission war es, dies (logistisch) zu ermöglichen und zu stabilisieren.

⁸ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/open-innovation-open-science-open-world>

⁹ Und man kann noch nicht einmal davon ausgehen, dass die Koordinationsbereitschaft und -fähigkeit von Akteuren innerhalb eines nationalstaatlichen Institutionensettings immerzu gegeben ist. Hiergegen spricht die kognitive Verarbeitungskapazität von Individuen und die Tatsache, dass „bureaucrats are budget maximizers“ (Niskanen 1971; mit Blick auf Wissenschaftsdiplomatie siehe Flink/Rüffin 2019).

ren Fähigkeiten in einer äußerst begrenzten Anzahl von Schulungen vermittelt. Allerdings wären derartige Trainings aber ein erforderlicher Bestandteil (vor)beruflicher oder intra-organisationaler Schulungen in Ministerien und weiteren Organisationen. SD-Kenntnisse sind jedoch bislang nicht systematisch vermittelt worden. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Schulungsmöglichkeiten, wie auch unsere S4D4C-Bedarfsermittlung zeigt (Degelsegger-Marquez et al. 2019) – ein offener Online-Survey¹⁰, der sich an Personen richtet, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Außenpolitik arbeiten. Die Befragten berichten über ihre Aufgaben, ihre täglichen Arbeitsroutinen, Herausforderungen und Bedürfnisse. Mit einer ausgewogenen Mischung aus akademischem Hintergrund (29% Naturwissenschaften, 28% Sozialwissenschaften, 20% Ingenieurwissenschaften und andere Fächer 7-8%), bestätigen 83% der Befragten, dass ihre Haupttätigkeit im Wesentlichen diplomatisch sei, insofern ein Staat bzw. eine öffentliche Institution im Ausland repräsentiert werden würde. Die zweitwichtigste Aufgabe für mehr als zwei Drittel aller Befragten ist die Observation wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen im Gastland, während die Organisation oder Beteiligung an wissenschaftspolitisch orientierten Gesprächen für mehr als 40% aller Befragten eine wichtige Aufgabe darstellt.

Nur wenige Mitarbeiter bestätigen, sie würden die Einhaltung international vertraglich festgelegter F&T-Bedin-

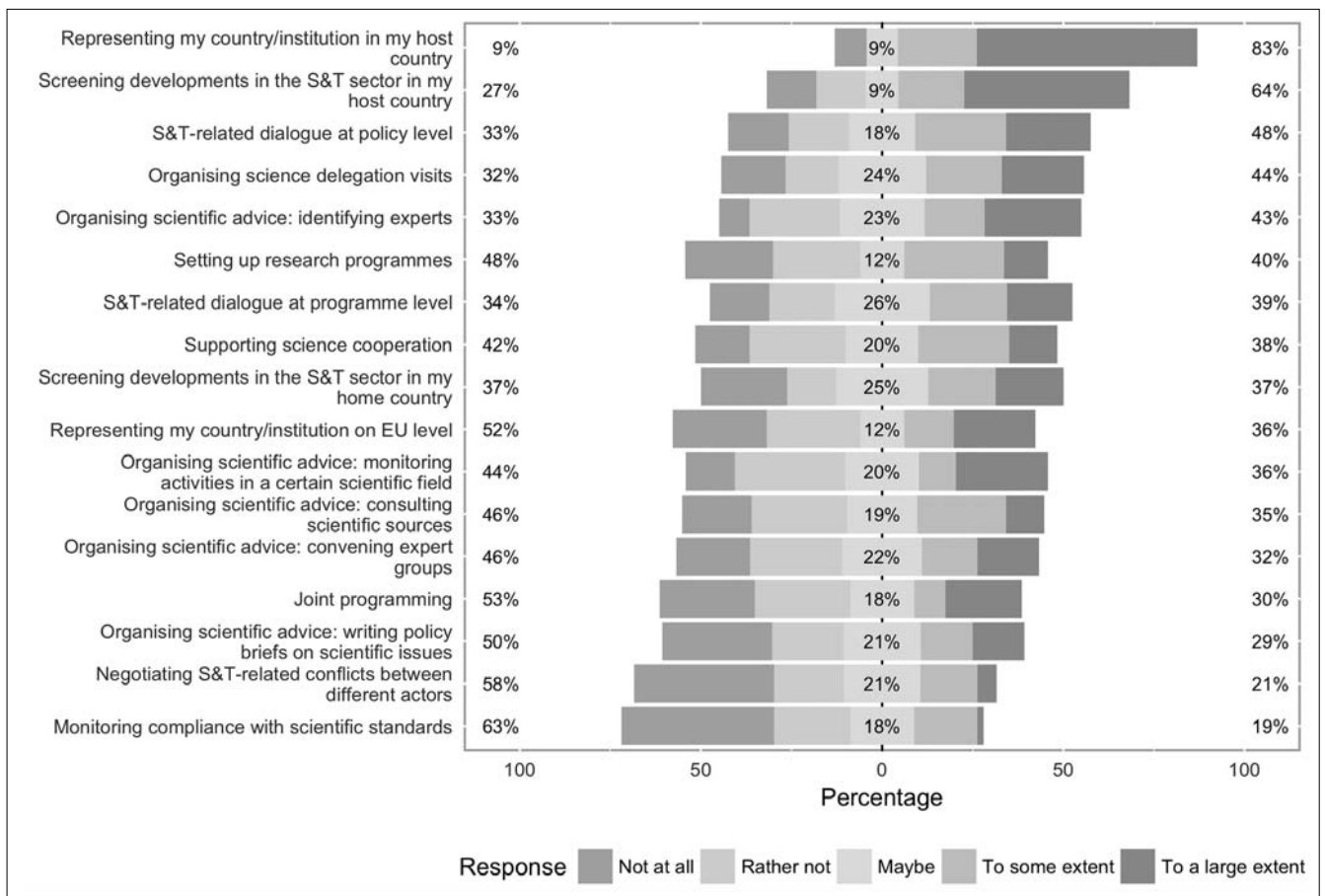
gungen (z.B. Beteiligungsregeln, ethische Standards, Verwertungsrechte) überwachen (insgesamt 19%). Ebenso wenig – aber auch nicht inexistent – beschreiben Mitarbeiter, ihre Aufgaben lägen in Konfliktverhandlungen, bspw. mit Blick auf die zuvor genannten Fragen der Beteiligungs- und Verwertungsregeln, des joint programmings oder anderer wissenschaftspolitischer Streitfälle (Fehlverhalten, Unredlichkeiten, Vertragsäumnisse, Betrug usw.).

Insgesamt lässt sich am Meinungsbild schwer festmachen, ob die Tätigkeiten von Mitarbeitern eher im Bereich „Diplomatie für Wissenschaft“ oder „Wissenschaft für Diplomatie“ einzuordnen wären. Dies bestätigen auch weitere Experteninterviews, allerdings entsteht hier der Eindruck, dass „Wissenschaft für Diplomatie“ – im Sinne einer „soft power“-Idee (Nye 1990) der Wertebeeinflussung von europäischen Akteuren eher weniger präferiert wird, da hierdurch eine Instrumentalisierung der Wissenschaft für politische Zwecke desavouiert wird.

Desweiteren geben die befragten Mitarbeiter an, dass sie dringend mehr Personal benötigten, um ihren Aufga-

¹⁰ Interviews und die Umfrage (N = 130) wurden von Alexander Degelsegger-Márquez, Tim Flink und Charlotte Rungius entworfen und durchgeführt. Eine detaillierte Analyse des Ergebnisses ist auf der Website von S4D4C verfügbar unter dem Titel „What it takes to be a Science Diplomat“; siehe <https://www.s4d4c.eu/what-it-takes-to-do-science-diplomacy-practices-identities-needs-and-challenges-of-science-diplomacy-practitioners-baseline-analysis-and-needs-assessment/>

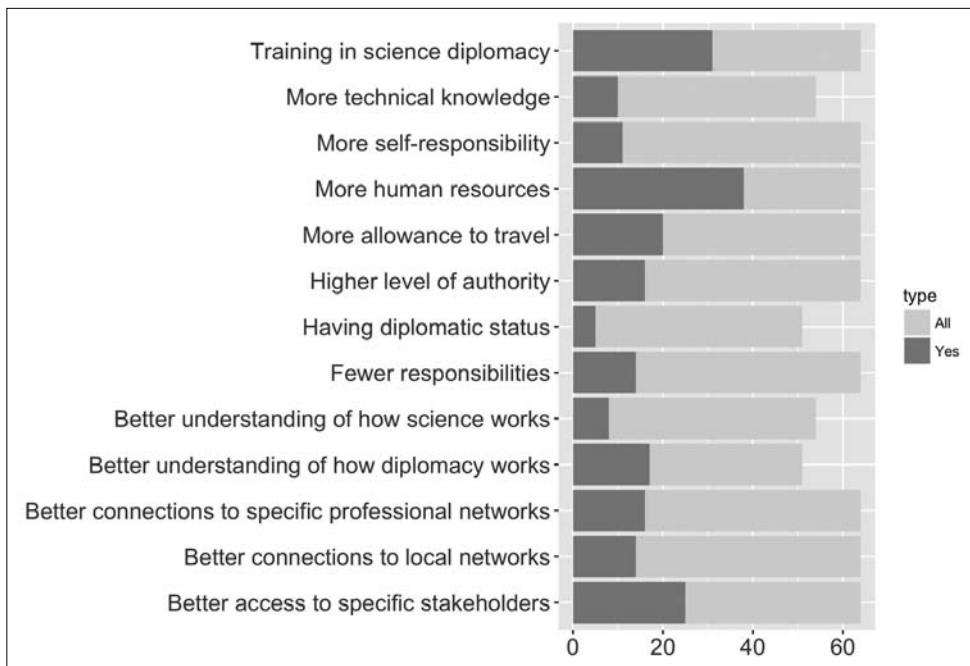
Abb. 2: SD-bezogene Aufgaben und Verantwortlichkeiten



ben nachzukommen: Trotz der zweifellos wirtschaftlichen Relevanz von Wissenschaft und Technologie und der Hochschulbildung sei die Wissenschaftsdiplomatie bedauerlicherweise kein Hauptanliegen in der Außenpolitik, was bereits durch das Studium von Organigrammen und Webauftritten deutlich wird: In den meisten Außenministerien wird Wissenschaftsdiplomatie entweder unter wirtschaftlichen oder unter kulturellen Angelegenheiten subsumiert, und nur wenige Ministerien reicher Industriestaaten leisten sich Wissenschaftsattachés und -räte als national entsandtes Personal in Auslandsvertretungen (Berg 2010; Flink/Rüffin 2019; Flink/Schreiterer 2010; Ruffini 2017). Im Curriculum diplomatischer Ausbildungen kommt SD allenfalls randständig vor, wie viele der Befragten bestätigen, und nicht zuletzt sei das Thema nach wie vor kein Karrieresprungbrett im diplomatischen Dienst.

So stiefmütterlich das Thema SD in den auswärtigen Diensten behandelt wird, so sehr äußern mehr als Hälfte aller Befragten den Wunsch nach einer besseren Ausbildung auf dem Gebiet der Wissenschaftsdiplomatie. Während wissenschaftliches und technisches Wissen wohl weniger ein Problem darstellt, sind Schulungen zu Verhandlungstechniken und Kenntnisse über das Zusammenspiel von Wissenschaft und Außenpolitik sehr gefragt.

Abb. 3: Bedarfe befragter Praktiker



Darüber hinaus geben die meisten Befragten an, dass sie bessere Informationen über die Stakeholder-Landschaft, die Funktionsweise und den rechtlichen Hintergrund von F&T-Vereinbarungen sowie über ihre Gast- bzw. Kooperationsländer benötigen. Fast alle Mitarbeiter machen deutlich, dass sie auch strategisch relevante Informationen aus sozialen Medien und dem Internet erhalten, dass gute Informationsbeschaffung aber immer einer face-to-face-Kommunikation bedarf, sei es im privaten bzw. vertraulichen Kontext oder durch die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, wie Konferen-

zen, Workshops und anderen Netzwerktreffen. Ähnliches gilt für die gemeinsame Förderung von Aktivitäten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Reihe von Schulungsformaten und Wissensressourcen für aktuelle und zukünftige Wissenschaftsdiplomaten entwickelt werden müssen. Diese Ressourcen werden Wissenschaftsdiplomaten auf der EU-Ebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten besser vorbereiten, ihr Profil verbessern und ihre Entscheidungskompetenzen verbessern.

Fazit: Herausforderungen der Koordination, der fallorientierten Wissenschaftsdiplomatie und der Ausbildung verbinden

Sollten sich relevante Akteure in und mit der EU darauf verständigen, sich stärker im Bereich SD zu koordinieren, müssen Antworten auf die oben genannten Herausforderungen gefunden werden. Anhand des diskutierten Meta-Governance-Frameworks wurde illustriert, dass alle Akteure zwar einen ganzheitlichen Rahmen zur Analyse, Verständigung und Strukturierung politischer Entscheidungssequenzen nutzen können, jedoch zeigt ein solcher Rahmen auch, dass SD keinen Standardansatz verfolgen kann, sondern dass jeder spezifische Fall eigen-

willige Governance-Strukturen, Akteurslandschaften und politische Stile aufweist – und selbst innerhalb einzelner Fälle können sich diese drei Ebenen prompt verändern. Zum Beispiel sollte man bei allem Beschwören von Gemeinsamkeiten nicht vergessen, dass große gesellschaftliche Herausforderungen, wie der menschengemachte Klimawandel, oft auch wirtschaftliches Potenzial versprechen und daher einen Wettbewerb unter Akteuren entfachen können. Hier ist eine Vermittlung durch kompetente und umsichtige politische Entscheidungsträger gefragt. Ein Meta-Governance-Framework kann mithin der EU und ihren mitgliedstaatlichen Akteuren helfen, fallspezifisch zu klären, wie und wann ein koordinierter Ansatz zwischen europäischen Akteuren gegenüber nichteuropäischen Akteuren oder ein Wettbewerb um Ressourcen vorliegt, ob Infrastrukturen aufgebaut werden sollten, ob Offenheit ratsam ist usw.

Jedoch erfordert die Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaftsdiplomatie – und dies sollte der Beitrag ebenso zeigen – eine besondere Qualifizierung zukünftiger Fachkräfte an der Schnittstelle von Wissenschaft und Außenpolitik. Die vorgestellten Schulungsaktivitäten werden dazu beitragen können, das Profil und die Identität von Wissenschaftsdiplomaten in der EU mitzuprä-

gen und eine Gemeinschaft von Experten zu bilden, die sich zunehmend die Schnittstellenrelevanz von internationaler Wissenschaft, Technologie und Außenpolitik bewusst machen. Wissenschaftsdiplomaten in der EU und den Mitgliedstaaten müssen zusätzliche Netzwerkaktivitäten zur Verfügung gestellt werden, um ihre Beziehungen untereinander zu stärken. Insbesondere die Variabilität der Szenarien, die vielen möglichen Fällen innewohnt, erfordert ein besseres gegenseitiges Verständnis der Logik der Wissenschaft bzw. der Außenpolitik. Durch die Ausbildung wird dieses Bewusstsein in Wissenschaft und Außenpolitik geschärft, dass die beiden Bereiche tatsächlich stark voneinander abhängig sind. Das S4D4C-Projekt bietet zusammen mit seinen Schwesterprojekten EL-CSID und InsSciDE konzeptionelle und praktische Tools, die Entscheidungsträgern helfen einschätzen zu können, inwieweit die unterschiedlichen Ebenen der Wissenschaftsdiplomatie weiter ausgebaut werden können.

Literaturverzeichnis

- Adler-Nissen, R. (2015): Relationalism or why diplomats find international relations theory strange. In: Sending, O. J./Pouliot, V./Neumann, I. B. (eds.): *Diplomacy and the Making of World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 284-308.
- Adler-Nissen, R. (2016): Diplomatic agency. *The SAGE Handbook of Diplomacy*. London: SAGE Publications, pp. 92-103.
- Banchoff, T. (2002): Institutions, Inertia and European Union Research Policy. In: *Journal of Common Market Studies*, 40, pp. 1-21.
- Berg, L.-P. (2010): Science Diplomacy Networks. In: *Politorbis*, 49, pp. 69-75.
- Bjola, C./Kornprobst, M. (2013): *Understanding International Diplomacy: Theory, Practice and Ethics*. London/New York: Routledge.
- Bora, A. (1993): Konstruktion und Rekonstruktion. Zum Verhältnis von Systemtheorie und Objektiver Hermeneutik. In: Rusch, G./Schmidt, S. J. (Hg.): *Konstruktivismus und Sozialtheorie*. Frankfurt a.M., S. 282-330.
- Constantinou, C. M./Kerr, P./Sharp, P. (eds.) (2016): *The SAGE Handbook of Diplomacy*. London: SAGE.
- Crawford, E./Shine, K./Sörlin, S. (1993): The Nationalization and Denationalization of the Sciences: An Introductory Essay. In: Crawford, E./Shinn, T./Sörlin, S. (eds.): *Denationalizing Science. The Context of International Scientific Practice*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, pp. 1-42.
- Degelsegger-Marquez, A./Rungius, C./Flink, T. (2019): What it takes to do science diplomacy. Baseline analysis and needs assessment. Wien/Berlin: S4D4C Project Report.
- Edler, J./Behrens, M./Kuhlmann, S. (eds.) (2003): *Changing Governance of Research and Technology Policy: the European Research Area*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Flink, T. (2009): Außenwissenschaftspolitik: ein neues Handlungsfeld? In: *Forschung*, 3 (3+4), S. 69-78.
- Flink, T. (2016): Die Entstehung des Europäischen Forschungsrates. Marktimperative, Geostrategie, Frontier Research. Weilerswist.
- Flink, T./Kaldewey, D. (2018): The New Production of Legitimacy: STI Policy Discourses Beyond the Contract Metaphor. In: *Research Policy*, 47, pp. 14-22.
- Flink, T./Rüffin, N. (2019): The Current State of The Art of Science Diplomacy. In: Simon, D./Kuhlmann, S./Canzler, W./Stamm, J. (eds.): *Handbook on Science and Public Policy*, pp. 104-121.
- Flink, T./Schreiterer, U. (2010): Science diplomacy at the intersection of S&T policies and foreign affairs: Toward a typology of national approaches. In: *Science and Public Policy*, 37, pp. 665-677.
- Follesdal, A./Hix, S. (2006): Why There is a Democratic Deficit in the EU. A Response to Majone and Moravcsik. In: *Journal of Common Market Studies*, 44, pp. 533-562.
- Gottweis, H. (2003): Post-positivistische Zugänge in der Policy-Forschung. In: Maier, M. L./Nullmeier, F./Pritzlaff, T./Wiesner, A. (Hg.): *Politik als Lernprozess: Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse*. Wiesbaden, S. 122-138.
- Henrikson, A.K. (2013): United States Contemporary Diplomacy: Implementing a Foreign Policy of 'Engagement'. In: Kerr, P./Wiseman, G. (eds.): *Diplomacy in a Globalizing World: Theories and Practices*, pp. 265-81.
- Hix, S./Goetz, K. H. (2000): Introduction: European integration and national political systems. In: *West European Politics*, 23, pp. 1-26.
- Hoppe, R. (2005): Rethinking the science-policy nexus: from knowledge utilization and science technology studies to types of boundary arrangements. In: *Poiesis & Praxis*, 3 (3): pp. 199-215.
- Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (1996): Regieren im dynamischen Mehrebenenensystem. In: Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen, S. 15-44.
- Jessop, B. (2003): Governance and meta-governance: on reflexivity, requisite variety and requisite irony. In: Bang, H. P. (ed.): *Governance as Social and Political Communication*. Manchester: Manchester University Press.
- Kaldewey, D. (2013): Wahrheit und Nützlichkeit. Selbstbeschreibungen der Wissenschaft zwischen Autonomie und Relevanz. Bielefeld.
- Kuhlmann, S. (2001): Future Governance of Innovation Policy in Europe – Three Scenarios. In: *Research Policy*, 30, pp. 953-976.
- López de San Román, A./Schunz, S. (2018): Understanding European Union Science Diplomacy. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 56, pp. 247-266.
- Luhmann, N. (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.
- Maassen, S./Weingart, P. (2000): *Metaphors and the Dynamics of Knowledge*. London: Routledge.
- Michaels, E./Handfield-Jones, H./Axelrod, B. (2001): *The War for Talent*. Boston, MA: Harvard Business School Press.
- Moedas, C. (2016): Science Diplomacy in the European Union. In: *Science & Diplomacy*, 15, pp. 1-9.
- Niskanen, W. (1971): *Bureaucracy and Representative Government*. Chicago, IL: Aldine-Atherton.
- Nye, J. (1990): Soft Power. In: *Foreign Policy*, 80, pp. 153-171.
- Pielke, R. A. (2012): Basic Research as a Political Symbol. In: *Minerva*, 50, pp. 339-361.
- Powell, J. J./Baker, D. P./Fernandez, F. (2017): *The century of science: The global triumph of the research university*. Emerald Group Publishing.
- Prange-Gstöhl, H. (2017): Towards EU science diplomacy? The European Union's Evolving External Engagement: Towards New Sectoral Diplomatics?
- Royal Society (2010): *New Frontiers in Science Diplomacy: Navigating the Changing Balance of Power*. London: Science Policy Centre, The Royal Society.
- Rüffin, N. (2020): EU science diplomacy in a contested space of multi-level governance: Ambitions, constraints and options for action. In: *Research Policy*, 49, p. 10.3842.
- Ruffini, P.-B. (2017): *Science and Diplomacy. A New Dimension of International Relations*. Dordrecht.
- Schott, T. (1993): *World Science: Globalization of Institutions and Participation*. In: *Science Technology Human Values*, 18, pp. 196-208.
- Schreiterer, U. (2009): *Traumfabrik Harvard. Warum amerikanische Hochschulen so anders sind*. Frankfurt a.M./New York.
- Schreiterer, U. (2016): Deutsche Wissenschaftspolitik im internationalen Kontext. In: Simon, D./Knie, A./Hornbostel S./Zimmermann, K. (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden, S. 119-136.
- Schütte, G. (Hg.) (2008): *Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution*. Berlin.
- Shane, S. (2004): *Academic Entrepreneurship. University Spinoffs and Wealth Creation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Torka, M./Borcherding, A. (2008): Der Wissenschaftsunternehmer als Beruf: Berufs- und professionssoziologische Überlegungen vor dem Hintergrund aktueller (Ent-)Differenzierungsphänomene der Wissenschaft. In: *WZB Discussion Paper SP III*, S. 7-66.
- Turekian, V./Lord, K. M. (2008): Time for a New Era of Science Diplomacy. In: *Science* 315, pp. 769-770.
- Yakushiji, T. (2009): The Potential of Science and Technology Diplomacy. In: *Asia-Pacific Review*, 16, pp. 1-7.

■ Dr. Tim Flink, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Humboldt-Universität zu Berlin und Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung,
E-Mail: tim.flink@hu-berlin.de